

Newsletter April 2022



Die Ukraine und wir

Am 23. März debattierte der Landtag die Folgen des Kriegs in der Ukraine. Dabei wurden auch die Kinder und Jugendlichen angesprochen, die (meist mit ihren Müttern) nach Schleswig-Holstein geflohen sind und noch fliehen werden. Wie viele es insgesamt werden und wie lange der Krieg noch andauern wird, kann heute niemand voraussagen. Dabei ist klar, dass es auch für sie Bildungsangebote geben muss.

Dazu sagte unser bildungspolitischer Sprecher Martin Habersaat: „Wir brauchen Strukturen, die – auch hinsichtlich der Sprache – möglichst alle aus der Ukraine geflüchteten Menschen erreichen und ihnen sagen, was sie jetzt tun müssen, damit ihre Kinder so schnell wie möglich eine Schule besuchen können.“

Martin Habersaat sah folgende Maßnahmen als besonders dringlich an:

- möglichst gute und stetig aktualisierte Übersichten über ukrainische Kinder und Jugendliche, die bei uns in die Schulen sollen,
- zusätzliche Räume, in denen „Deutsch als Zweitsprache“ unterrichtet werden kann,
- mehr Lehrkräfte für den DaZ-Unterricht, wobei eher Studierende angesprochen werden sollten als Seniorlehrkräfte,

- ukrainische Lehrkräfte und zusätzliche Assistenzkräfte, die Ukrainisch können,
- Möglichkeiten, an ukrainischem Unterricht in Distanz teilzunehmen,
- Aufstockung der Schulpsychologen und einen Pakt für mehr Schulsozialarbeit.

„Jeder junge Mensch, dessen Welt sich von einem Tag auf den anderen in Rauch und Feuer aufgelöst hat, der mit seiner Mutter in einem vollgepferchten Zug seine Heimat verlassen musste und nicht weiß, ob er seinen Vater jemals wiedersehen wird, ist tief traumatisiert. Sich mit solchen Belastungen auf Schulunterricht zu konzentrieren wird ohne Begleitung nicht gehen.“

Er dankte allen Menschen, die sich ehrenamtlich oder beruflich um die Jungen und Mädchen kümmern, die durch den russischen Angriffskrieg aus ihrer Heimat vertrieben worden sind.

Inklusion – fünf versäumte Jahre!

Es ist gut, dass das Leitbild der inklusiven Schule heute politisch kaum noch in Frage gestellt wird. Nur mit der Umsetzung hapert es bei der schwarz-grün-gelben Koalition.

Martin Habersaat würdigte am 25. März, dass die Koalition an der Schulassistenz und an der Planung von 500 zusätzlichen Lehrerstellen für die Inklusion festhält. Aber er sparte auch nicht mit Kritik am CDU-geführten Bildungsministerium:

„Der Bereich der Schulbegleitung blieb fünf lange Jahre lang völlig frei von Fortschritten. Der Landeselternbeirat der Grundschulen und Förderzentren hat in diesem Monat zehn Thesen zu guten Förderzentren aus Sicht der Familien vorgelegt. Im Vorwort findet sich auch eine Abschlussbilanz für die laufende Legislaturperiode. Spürbare Fortschritte fehlen. „In den zurückliegenden Jahren hat sich im Bereich der schulischen Inklusion nicht viel bewegt“.

Das ist aus meiner Sicht in Teilen sogar ein Glück, denn manche Bewegung ging auch in die falsche Richtung. Den Förderzentren gehen die Fachkräfte aus. Und darüber waren Sie so empört, dass Sie fünf Jahre lang dem für Lehrkräftebildung zuständigen Gremium ferngeblieben sind, um es zum Ende dieser Legislaturperiode dann publikumswirksam durch ein neues zu ersetzen.

Die Exklusionsquote ist gestiegen. Die Anzahl der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurde größer, gleichzeitig sank die Schülerzahl in inklusiven Maßnahmen. 31,6 Prozent der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf wurden laut des letzten Berichts zur Unterrichtsversorgung an Förderzentren beschult. Mit Jamaika ist leider der Gedanke des Sortierens von Kindern wieder stärker geworden

Ihr Inklusionsbegriff hat sich nicht wesentlich über den Begriff der Integration hinaus entwickelt. Ein moderner Begriff von Inklusion geht aber nicht davon aus, wie man Kinder am besten an ihre Schule anpasst, sondern davon, wie sich die Schule anpassen muss, um

Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Diversität bestmöglich zu fördern. Das Leitbild der inklusiven Schulen taucht in Ihren Berichten nicht mehr auf.

Das von dieser Regierung vertretene Leitbild, dass junge Menschen mit besonderen Begabungen im kognitiven Bereich am Gymnasium gefördert werden müssen, während die Schüler*innen mit Förderbedarf sich gefälligst an der Gemeinschaftsschule einzufinden haben, ist völlig überholt, ebenso die Idee, dass die Gymnasien den Hochschulen zuliefern und die Gemeinschaftsschulen dem Handwerk.“

Martin Habersaat warf der Regierungsmehrheit vor, anders als die Küstenkoalition 2014 den Inklusionsbericht nicht bei einem Fachtag des Bildungsausschusses mit Expert*innen zur Diskussion gestellt zu haben. „Das war weniger ein Affront gegen die Inklusion, sondern eine Brückierung all derer, die sich im Land für die Inklusion einsetzen.“

Corona-Lockerung: riskante Gratwanderung

Ganz klar: wir alle wollen die Corona-Einschränkungen nach zwei Jahren endlich loswerden, und die Kinder sicher am meisten. Aber: die Inzidenzzahlen sind so hoch wie nie. Der neue Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sagte dazu: „Die Lage ist objektiv viel schlechter als die Stimmung.“

In dieser Situation hat Bildungsministerin Prien die Testpflicht an den Schulen abgeschafft. Wer nicht mehr testet, wird keine steigenden Inzidenzen mehr zu beklagen haben. Ob das aber, wie von der Bildungsministerin behauptet, ein Beitrag gegen ein „Klima der Angst“ an den Schulen ist, darf bezweifelt werden.

Und während Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die Maskenpflicht in Innenräumen in den April hinein fortsetzen wollen, soll die Maskenpflicht in Schleswig-Holsteins Schulen nach den Osterferien fallen. Die SPD hat sich aus zwei Gründen für ein anderes Vorgehen (Masken- und Testpflicht zunächst zwei Wochen nach den Ferien fortgelten lassen) ausgesprochen: Erstens haben vergangene Ferien gezeigt, dass sich das Infektionsgeschehen an den Schulen leider recht deutlich am Reiseverhalten der Menschen in den Ferien ablesen lässt. Zweitens gilt die Schulpflicht - ein hohes Gut, das aber auch zu einer besonderen Fürsorge verpflichtet. Das gilt auch und gerade für die geflüchteten Kinder aus der Ukraine, die jetzt am wenigsten eine Corona-Infektion brauchen können. Warum sollen unsere schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen schlechter geschützt werden als z. B. Besucher auf der Landtagstribüne, die niemand zwingt, dorthin zu gehen?

VG Köln: AfD rechtsextrem

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 8. März 2022 mehrere Entscheidungen über Klagen der AfD getroffen. Wichtigste Entscheidung: das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall beobachten und das auch öffentlich mitteilen; gleiches

gilt für ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). Aussagen über den angeblich aufgelösten „Flügel“ um Björn Höcke ließ das Gericht nicht zu – was Wunder, nachdem der „Flügel“ die Gesamtpartei faktisch übernommen hat!

Unser Sprecher gegen Rechtsextremismus Tobias von Pein sagte dazu: „Den gesammelten Fakten hatte die AfD nichts entgegenzusetzen. Besonders ihr ethnisch verstandener Volksbegriff – vor 100 Jahren nannte man das „völkisch“ – wird nicht nur von ein paar Irrläufern vertreten, sondern ist Gemeingut im Denken dieser Partei.

Nach dem Austritt des Parteichefs Jörn Meuthen muss jeder und jedem, der darüber nachdenkt, die AfD zu wählen, bewusst sein: sie oder er stimmt nicht für eine bürgerlich-konservative Protestpartei, sondern für eine kaum noch getarnte rechtsextreme Partei. Das einzige, was die AfD noch von NPD, DVU, Republikanern usw. unterscheidet, sind die besseren Wahlergebnisse. Aber das kann sich ändern!“

Urteilstenor:

[https://www.vg-](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_08032022/index.php)

[koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_08032022/index.php](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_08032022/index.php)

Fachkräfteversorgung der Schulen: erschütternde Abschiedsbilanz

Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hat zum Abschluss der Legislaturperiode die Versorgung der Schulen mit Fachkräften abgefragt. Die Abschlussbilanz von Ministerin Prien sieht auch in diesem Bereich nicht wirklich gut aus:

„270 Seniorlehrkräfte und 266 Lehrkräfte mit Erstem Staatsexamen, die sich nicht im Vorbereitungsdienst befanden, unterrichteten zum Stichtag (6.10.21) an unseren Schulen. 1.914 Menschen ohne jede Lehramtsausbildung waren an den Schulen tätig. 510 davon in der Maßnahme „Aufholen nach Corona“, 1.404 im regulären Unterricht. Hinzu kommen zahlreiche Stellen, die gar nicht oder mit Menschen besetzt sind, die nicht an den Schulen sind (Sabbatjahre, Mutterschutz, Abordnungen etc.). Besonders dramatisch ist die Situation an den 82 Förderzentren und 20 Verbundsystemen, in denen Förderzentren zum Beispiel mit Grundschulen oder Gemeinschaftsschulen verbunden sind. In Neumünster, Dithmarschen und Steinburg sind etwa 12 Prozent der Stellen unbesetzt, im Kreis Pinneberg 16 Prozent, im Kreis Herzogtum Lauenburg fast jede fünfte, im Kreis Segeberg sogar ein Viertel der Stellen. Traurige Zahlen, symptomatisch für den traurigen Umgang dieser Landesregierung mit der Inklusion.

Die Situation an den Schulen ist also auch ohne Corona schwierig, jetzt kommen viele weitere Kinder und Jugendliche aus der Ukraine hinzu, die wir natürlich auch bestmöglich fördern wollen. Es ist bewundernswert, was unsere Schulen vor dem Hintergrund dieser Zahlen und Belastungen leisten. Kurzfristige Besserung ist nicht in Sicht: Die Zahl der Referendar*innen an Gemeinschaftsschulen, Förderzentren und Beruflichen Schulen ist heute kleiner als 2017/18, der Personalmangel wird sich verschärfen. Einen Überhang an Bewerbungen gibt es nur für die Gymnasien. Durch ihre Novelle des

Lehrkräftebildungsgesetzes hat die Landesregierung selbst zu dieser Situation beigetragen. Unterdurchschnittlich mit Lehrkräftenachwuchs versorgt sind die Kreise Dithmarschen, Segeberg, Pinneberg, Steinburg und Herzogtum Lauenburg.

Die Abschlussbilanz der Bildungsministerin Prien ist erschütternd: An Zählbarem sind letztlich nur Seifenblasen herausgekommen: Konkrete Zahlen über den Bedarf in den kommenden Jahren hat die Landesregierung bis heute nicht vorgelegt. Nicht dem Landtag, nicht dem Bildungsausschuss und auch nicht dem bisher laut Lehrkräftebildungsgesetz zuständigen Gremium. Der Lösungsansatz von Frau Prien war, kurz vor der Wahl, eine im Hochschulgesetz festgeschriebene „Allianz für Lehrkräftebildung“. Es wäre schön, wenn diese Allianz schnelle Erfolge bringt. An den Sitzungen des bisher zuständigen Gremiums hatte Frau Prien kein Interesse. Weder nahm sie teil, noch ließ sie dort Zahlen künftiger Bedarfe vorlegen.“

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 01. März 2022

Lehrkräftenachwuchs: So interessiert war Karin Prien an den Fachkräften

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-01-12-18-47-3137/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 02. März 2022

Gräben überwinden

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-02-17-16-30-2c25/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 04. März 2022

Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe schlagen Alarm!

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-04-08-53-18-504a/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Kai Vogel vom 14. März 2022

Geflohene Kinder aus der Ukraine haben Recht auf Bildung und die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei - SPD beantragt Sondersitzung des Bildungsausschusses

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-14-10-46-40-2ec5/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 17. März 2022

Arroganz der Macht

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-17-17-52-44-779c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Kultur

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 17. März 2022

Ackerbürgerhaus in Eutin gerettet

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-17-15-26-24-6cf3/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 09. März 2022

Wer jetzt noch AfD wählt, weiß, dass er rechtsextrem wählt

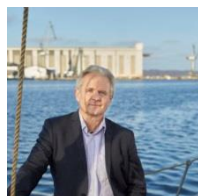
<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-03-09-10-01-02-41c6/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder



[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften



[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung



[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung



[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch



[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus



[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de